

Kurz-Stellungnahme zum Fachgespräch des Bundesfinanzausschusses des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2018 in Berlin

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf schrittweise Beendigung der Subventionen für die Dieseltechnologie bei PKW`s

Es wird Stellung genommen zu dem von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag eingebrachten Antrag auf schrittweisen Abbau der Energiesteuervergünstigung von Dieselmotoren.

Bei diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht es darum, zunächst die Begünstigungen für den PKW-Bereich abzubauen, da nach Auffassung der Antragsteller in diesem Bereich bereits umweltfreundliche Alternativtechnologien zur Verfügung stünden. Im Schwerlastverkehr auf der Straße hingegen sollen die Begünstigungen mangels massentauglicher Antriebsalternativen später abgebaut werden.

Tatsache ist, dass bisher beim Kauf eines Dieselfahrzeuges für die Bürger der Vorteil einer niedrigeren Mineralölsteuer ein entscheidendes Kaufmotiv darstellte. Sie haben sich in der jüngeren Vergangenheit gerade für ein Dieselfahrzeug entschieden, weil diese Technologie zum Zeitpunkt des Kaufes in dem Ruf stand, besonders sparsam und damit umweltschonend zu sein¹. Insbesondere Käufer jüngerer Dieselfahrzeuge vertrauten in der Vergangenheit darauf, dass sie bereits ein schadstoffarmes und damit den Umweltstandards entsprechendes Fahrzeug erworben hätten.

Eine sukzessive Streichung der Subventionierung des Dieselmotors – sofern man begrifflich überhaupt von einer Subvention sprechen kann² - stellt einen über mehrere Jahre gestreckten Vertrauensbruch für die deutschen Dieselfahrer dar. Denn ein Vertrauensverlust definiert sich nicht vom Zeitablauf her, sondern vom Ziel.

Auch die EU-Richtlinie 2003/96/EG zur Harmonisierung der Energiebesteuerung geht von niedrigeren Steuersätzen für Dieselmotoren aus. Zu berücksichtigen ist zudem die Tatsache,

¹ FAZ vom 30.07.2017 „Der Diesel – Aufstieg und Fall einer deutschen Erfindung“

² dem niedrigeren Steuersatz auf Dieselmotoren stehen höhere Steuersätze bei der Kraftfahrzeugsteuer gegenüber

dass der Steuersatz für Diesel in den meisten EU-Staaten niedriger ist als der für Benzin. Die Dieselfahrer haben also auch unter diesem Aspekt auf eine fortgesetzte Gültigkeit der Dieselprivilegierung vertraut.

Neben den drohenden Fahrverboten in vielen deutschen Großstädten stellt die schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer für Dieselfahrzeuge für die betroffenen Bürger eine weitere finanzielle Belastung dar. Durch den Abbau der Steuervergünstigungen wird der Wertverlust der Fahrzeuge zudem weiter drastisch forciert.

Leidtragende einer an europäischen Vorgaben orientierten Dekarbonisierungspolitik sind damit diejenigen, die beim Kauf ihres Dieselfahrzeuges den geringeren CO₂-Ausstoß im guten Glauben an einen umweltverträglichen Beitrag zur weiteren Dekarbonisierung ihrer Kaufentscheidung zugrunde gelegt haben.

So sind in letzter Zeit die gemessenen CO₂ –Werte in der Atmosphäre Deutschland mit dem zunehmenden Kauf von Dieselfahrzeugen der letzten Jahre deutlich zurückgegangen.

Statt die verantwortlichen Autokonzerne wegen ihrer betrügerischen Manipulation bei der Herstellung der Dieselfahrzeuge zur juristischen und finanziellen Verantwortung zu ziehen, sollen nun gegen den Grundsatz von Treu und Glauben Millionen Dieselmotorkäufer alleine die finanziellen Lasten tragen.

Vielen Bürgern fehlen zudem die finanziellen Mittel, um ihr älteres Dieselfahrzeug trotz verschiedener durch die Hersteller angebotener „Umwelt- oder Rückgabepremien“ durch ein anderes Fahrzeug zu ersetzen. So wären insbesondere die vielen Berufspendler und Menschen, die im ländlichen Umfeld wohnen, von der Regelung besonders betroffen.

Die im Antrag von Bündnis 90/die Grünen vorgesehene Beschränkung des Subventionsabbaus allein auf den Bereich der PKWs wird damit begründet, dass in diesem Bereich bereits umweltfreundliche Alternativtechnologien zur Verfügung stünden.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Die jüngsten tödlichen Unfälle mit Elektroautos in den USA und der Schweiz zeigen, dass die Technik alles andere als ausgereift ist³.

Der Antrag von Bündnis 90/ die Grünen mag in weiterer Zukunft als Diskussionsgrundlage einer neuen Verkehrsstrategie dienen. Er ist aber zum jetzigen Zeitpunkt von viel Hoffnung auf eine fortschrittliche Technologie getragen, auf die wir immer noch warten.

³ so ereigneten sich mehrere tödliche Unfälle mit Tesla-Elektroautos in den USA und jüngst im Tessin